



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Doris Rauscher, Klaus Adelt, Michael Busch, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib, Diana Stachowitz, Dr. Simone Strohmayer, Ruth Waldmann, Margit Wild** und **Fraktion (SPD)**

Probleme beim Einschulungskorridor zügig lösen – Kommunen und Kindertageseinrichtungen nicht mit den Auswirkungen alleine lassen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Kommunen in Bayern, die durch die Einführung des Einschulungskorridors vor große Probleme bei der Bedarfsdeckung mit Kita-Plätzen und damit der Sicherstellung des Rechtsanspruches auf einen Kindergartenplatz gestellt werden, mit passgenauen Lösungen zu unterstützen. Die überstürzte und nach den Worten der Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales Kerstin Schreyer „alles andere als glücklich verlaufene“ Einführung darf nicht dazu führen, dass Kommunen und Kindertageseinrichtungen mit den finanziellen, personellen und strukturellen Auswirkungen alleine gelassen werden.

Begründung:

Von den rund 32.000 Kindern, die zum Schuljahr 2019/2020 in den Einschulungskorridor fallen, werden in diesem Jahr 44 Prozent nicht eingeschult werden. Dies ist im Vergleich zum zurückliegenden Schuljahr ein Plus von neun Prozentpunkten. Obwohl die Staatsregierung in der Gesamtbetrachtung keine Auswirkungen auf den Bereich der Kindertageseinrichtungen erwartet hat, stoßen viele Träger von Kindertageseinrichtungen und Kommunen (bspw. Schwabach mit einem Zuwachs von 32 Prozentpunkten an zurückgestellten Kindern) an die Belastungsgrenze. Durch die zu kurze Umsetzungsfrist und die fehlende Einbindung der betroffenen Akteure vor Ort wurden Kommunen und Kindertageseinrichtungen mit den Konsequenzen des Einschulungskorridors alleine gelassen. Da die Auswirkungen auf die Kommunen unterschiedlich ausfallen, stellt die Staatsregierung mit jeweils passgenauen Lösungen schnellstmöglich die überfällige Unterstützung sicher.